

Krise und Wege nach rechts

Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2002, 646 S., 32 Euro

91 „Wochenberichte“ des vom Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands herausgegebenen „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ werden im vorliegenden Buch in der von Erwin Eckert (5. Oktober 1930 bis 19. August 1931) und Emil Fuchs (1. November 1931 bis 4. März 1933) verfassten bzw. redigierten Form publiziert und bilden einschließlich der über 200 zugehörigen Anmerkungen seinen Hauptteil (S. 59-533). Nach einem Geleitwort des Enkels von Emil Fuchs, Klaus Fuchs-Kittowski, führen die Herausgeber den Leser mit Informationen über den Bund der religiösen Sozialisten, die Lebenswege der beiden evangelischen Pfarrer Erwin Eckert und Emil Fuchs sowie die spezifische Bedeutung der Wochenberichte in die Lektüre der Quellen ein. Die Nachbetrachtungen von fünf Geschichts- und Politikwissenschaftlern bilden anregende Diskussionsbeiträge zum Gegenstand. In einem Anhang stellt F.-M. Balzer die Auseinandersetzungen um Erwin Eckert 1931/32, sein Ausscheiden aus der SPD, dem kirchlichen Dienst und dem Bund sowie den Übertritt zur KPD dar. Ein Abkürzungsverzeichnis, Literaturhinweise, biographische Erläuterungen und ein Personen- und Ortsregister schließen den Band ab.

Im Mittelpunkt der Wochenberichte stehen soziale und politische Wirkungen der Krise in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Entlassungen, Lohnkämpfe, Streiks werden aus allen Gegenden des Reichs mitgeteilt; Senkung der Löhne, der Krisenunterstützungen, der Renten und Pensionen sowie Gehaltskürzungen werden gewachsener Produktivität und steigenden Dividenden gegenübergestellt. Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsdienstpflichtpläne stehen zur Diskussion. Haushaltsdefizite, Währungsspekulationen, sinkende Börsenkurse, Pleiten und die hektische Geschäftigkeit der Politiker, Unternehmer und Bankiers werden sichtbar. Beispielsweise forderten deutschnationale Industrielle auf einer Tagung „zur Minderung der Arbeitslosennot: 1. Weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter 2. Neue Kapitalbildung 3. Sparen der Massen 4. Nationalistische Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (S. 133; Woche vom 21. bis 28. April 1931). Eine Woche später: „Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verlangt einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung!“ (S. 137)

Sprunghaft wachsen lokal, regional oder reichsweit die Zahlen der Arbeitslosigkeit von Arbeitern, Angestellten, Lehrern und weiteren sozialen Gruppen bei gleichzeitigem Widerstand der Arbeitgeber gegen Arbeitszeitverkürzungen. Beträchtliche Teile der Bauernschaft und des Mittelstands verelenden. Im Frühjahr 1932 ist die Lage der Gemeinden alarmierend: „In einer Kundgebung der kommunalen Spitzenverbände wird festgestellt, dass die überwiegende Mehr-

zahl der Gemeinden in diesem Jahr nicht imstande ist, ihren Haushalt auszugleichen. Die Hauptbelastung rührt von der anschwellenden Erwerbslosigkeit her.“ (S. 287; Woche vom 20. bis 26. März 1932)

Beim Blick auf innenpolitische Ereignisse und Tendenzen tritt die bedrohliche Rechtsverschiebung in den Vordergrund. Die Leser der Berichte erfahren von den Positionen und Bestrebungen der Parteien und ihrer Fraktionen, der Verbände, Behörden, Institutionen und Presseorgane, darunter Gewerkschaften, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der deutschen Industrie, Banken, Einzelkonzerne und Branchenverbände, Regierungen und Ministerien. Brandaktuell werden die alltäglichen terroristischen Ausschreitungen der Nazis geschildert. „Auch in dieser Woche ist fast kein Tag vergangen, an dem nicht Nationalsozialisten Schlägereien und Überfälle provozierten.“ (S. 102; Woche vom 17. bis 24. November 1930) Angesichts der „Boxheimer Dokumente“ der NSDAP mit ihren unverhüllten Mordplänen sowie der Symptome des Zurückweichens von Behörden und Justiz vor dem Terror schrieb Fuchs, die Republik sei vor „die letzte Entscheidung“ gestellt, ob sie „Hochverrat als Hochverrat bestrafen oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung abprechen will, indem sie eine Partei schont, die alle Not steuern will einfach durch Mord an ihren Mitbürgern.“ Denn das sei der Sinn dieser Dokumente. (S. 199; Woche vom 21. bis 28. November 1931)

Entgegen späteren rechtfertigenden Darstellungen konnte bereits für Zeitgenossen kein Zweifel mehr an der

menschenfeindlichen Natur der faschistischen Bewegung bestehen. Die zunehmenden Kungeleien der anderen bürgerlichen Parteien mit der NSDAP wurden wachsam registriert. Frühzeitig erschien als Folgerung aus den Analysen die warnende Überschrift „Hitlerregierung droht!“ (S. 393, Woche vom 8. bis 14. August 1932)

Beeindruckend ist die durchgängig weltweite Perspektive und damit ein Horizont, der den Herausforderungen durch Weltwirtschaftskrise, internationale Spannungsherde, Aufrüstung und Kriege Rechnung trägt. Häufig erscheinen Unterabschnitte der Berichte zu einzelnen Ländern oder Regionen. Auf halbem Weg zwischen der genialen Charakteristik im Manifest der Kommunistischen Partei 1848 und den heutigen Globalisierungsdebatten werden die über hundertfünfzigjährige Kontinuität kapitalistischer Expansion sowie ihrer Triebkräfte und die Methoden der Krisenbewältigung in aller Welt mit ihren sozialen, ideologisch-politischen und kulturellen Begleiterscheinungen sichtbar. Auch hier wird die wirtschafts- und sozialpolitische Bandbreite in den Blick genommen: Von den internationalen Börsen-, Bank- und Handelskreisen, über transnational agierende Konzerne und Vereinigungen sowie die autoritären bis terroristischen Antworten der Herrschenden bis zu Aktionen der Arbeiterbewegung und weiteren sozialen Konflikten. Es geht um Weltmarktpreise, Bankenkrisen, Zollerhöhungen, Massenelend. Die Schauplätze sozialer Kämpfe in den europäischen Ländern sowie in Nord- und Südamerika und Asien werden einbezogen und an herausragenden Ereignissen vorgestellt.

Auch international wird an unzähligen Nachrichten der Abbau oder die Verweigerung von Demokratie, Rechts und Sozialstaatlichkeit sowie der Vormarsch der äußersten Rechten belegt. Das betraf nicht zuletzt die Diktatur von Mussolini in Italien als Präzedenzfall internationaler Faschisierungsprozesse. Das Scheitern effektiver Abrüstungsschritte wurde ebenso mit großer Besorgnis kommentiert wie die japanische Intervention in China von 1931/32 und Meldungen von dort stattfindenden Kriegsverbrechen.

Nachrichten über den Aufbau in Sowjetrußland und über seine wachsenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern speisten die Hoffnung, dass erstmals weltgeschichtliche Alternativen zur Zwangsläufigkeit kapitalistischer Konjunktur-, Krisen- und Kriegszyklen Wirklichkeit werden. Die eigenständige und kritische Position wird sichtbar, wenn von der „Hetze gegen das Weihnachtsfest“ und antikirchlichen Kampagnen in der Sowjetunion oder über den Prozess wegen der „Industriepartei“ und ähnliche Vorgänge unverkennbar reserviert berichtet wird.

Insgesamt erscheinen als besondere Qualität der Berichte und Wert der Neuveröffentlichung: der unbedingte Blickwinkel aus der Lage und von den elementaren Interessen der Lohnabhängigen und aller sozial Schwachen her; die alltägliche Nähe, die Schärfe im Beobachten sowie das sachkundige Verständnis bei der Auswahl und Präsentation repräsentativer Daten und Prozesse einschließlich der solidarischen Unterstützung für soziale und demokratische Abwehrkämpfe; der Umgang mit den Erfah-

rungen und Lehren kapitalistischer Wege der Krisenbewältigung sowie das Bewusstsein der Gefährdung zuvor erreichter sozialer Standards und der Demokratie; der parteinehmende und humanistische Internationalismus sowie die Zeitzeugen-Qualität bezüglich der immer wieder umstrittenen Frage, ob und inwieweit in der Schlussphase von Weimar die Fratze eines deutschen Faschismus an der Macht bereits zu erkennen und in ihrer barbarischen Qualität abzusehen war!

Ludwig Elm

Zur Geschichte der KPD in der Weimarer Republik

Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus (hg. von Klaus Kinner), Band 4, Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 296 S., 19,90 €

In dem vierten Band der „Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“ widmet sich das Herausgeberkollektiv um den Historiker Klaus Kinner der ganz spezifischen Frage nach den Ursachen der Bolschewisierung der KPD und der bereits im 1999 erschienenen ersten Band der Reihe (Die Weimarer Zeit) aufgestellten These vom „Ende des eigenständigen deutschen Parteikommunismus“ 1928/29 (149). Ging es in jenem ersten Band der Reihe um eine Gesamtdarstellung und eine allgemeine Einschätzung kommunistischer Politik in Deutschland vor dem Hintergrund des von Hobsbawm konsta-

tierten „kurzen zwanzigsten Jahrhunderts“, auf dessen Periodisierung Kinner sich selber explizit stützt, so beschäftigt sich der vierte Band mit den Determinanten einer fatalen Weichenstellung der KPD wenige Jahre vor dem Ende der Weimarer Republik.

Ähnlich wie bereits Ossip K. Flechtheim in seinem Standardwerk „Die KPD in der Weimarer Republik“ verortet Kinner den Ausgangspunkt für die folgenreiche „Linkswendung“ der KPD bereits im unmittelbaren Zeitraum nach der „Oktoberniederlage der KPD“ (Flechtheim) von 1923. Hier seien die Grundlagen für die „linksfundamentalistische Verweigerungspolitik“ (42) gelegt worden, die die KPD als politische Kraft in der Weimarer Republik – insbesondere in ihrer Phase kapitalistischer Stabilisierung (1924-1928) paralyisierte. Besondere Bedeutung messen die Verfasser allerdings dem konstitutiven Selbstverständnis des deutschen Parteikommunismus bei.

Dieses Selbstverständnis sei vor allem von drei Grundkonstanten geprägt gewesen: *erstens* der Auffassung, dass die kapitalistische Produktionsweise sich nach der Überakkumulationskrise, die zur Menschheitskatastrophe des Ersten Weltkrieges geführt hatte, nicht würde regenerieren können, sondern sich vielmehr in einem finalen Krisenstadium befinde; *zweitens* der Auffassung, dass die Oktoberrevolution in Russland nur als der Auftakt der Weltrevolution zu begreifen sei; und, *drittens*, der auch von bürgerlichen Ökonomen wie Schumpeter geteilten Überzeugung, dass sich die sozialistische Planwirtschaft als der kapitalistischen Produktionsweise überlegen erweisen wür-

de. Diese Betonung des subjektiven Faktors eines kommunistischen Milieus ermöglicht eine genauere Beantwortung der Frage, welche realen Entwicklungsmöglichkeiten sich einer kommunistischen Bewegung in Deutschland angesichts der nationalen wie internationalen Lage boten.

Dabei tauchen Fragen auf, wie z.B. die, welche Rolle die Erfahrung der Ausgrenzung in der „überwiegend konservativ geprägten Weimarer Republik“ (Kinner 1999, S. 13) unter den Bedingungen der als „Bruderkampf begriffenen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie“ bei der Verhärtung und (Selbst-)Isolierung der KPD spielte? Waren alternative Entwicklungspfade zu dem ultralinken Revolutionarismus der „linken Fraktion“ um Ruth Fischer, Arcadi Maslow und Ernst Thälmann denkbar, die die Realitätsferne der KPD und ihre Selbstisolierung hätten verhindern können, und wenn ja, welche? Existierte eine realistische Alternative, die hätte verhindern mögen, dass die selbstgesteckten Ziele der KPD, nämlich die Etablierung einer Hegemonie über die deutsche Arbeiterklasse, die langfristige Wahrung der eigenen Machtposition und schließlich die Bewahrung des deutschen Proletariats vor „jener sozialen Zerreißung, wirtschaftlichen Verelendung und physischen Dezimierung [...], die der Sieg des Nationalsozialismus und die sich daran anschließende Katastrophenpolitik, die im weltpolitischen Debakel enden sollte“ (Flechtheim 1986, S.269f), mit sich brachte, letztendlich verfehlt wurden?

Eindeutig sei jedenfalls, so das Autorenkollektiv, dass die „KPD der Jahre 1927 bis 1929 [...] vor einer Ent-

scheidungssituation (stand), die die Wahl zwischen zwei alternativen Entwicklungswegen dringlich einforderte: dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs oder dem Weg der Verabsolutierung der durch Stalin auf den Umsturz verkürzten Russischen Revolution. [...] In dieser Zeit stellte sich für die kommunistischen Parteien und ihre Weltorganisation immer dringlicher die Frage nach dem Selbstverständnis und der Identität kommunistischer Politik in einer nichtrevolutionären Zeit.“ (7ff) Welche Rolle spielte aber tatsächlich das Geheimabkommen von KPdSU(B) und KPD vom 29. Februar 1928 bei der Durchsetzung des abstrakten Revolutionarismus über die Thälmann/Neumann/Remmele-Fraktion, die mit der Sozialfaschismusthese und der Erklärung der linken Sozialdemokratie zum Hauptfeind auch die Möglichkeit einer „Einheitsfrontpolitik (...), die wenigstens den Nationalsozialismus verhindert haben könnte“ (Flechtheim, a.a.O., Hamburg 1986, S. 271), zunichte machte?

Reuter, Hedeler, Helas und Kinner haben zum genaueren Verständnis nun diesen umfangreichen Dokumentationsband mit vielfach unveröffentlichten Briefen der Hauptakteure der damaligen Zeit vorgelegt, der akribisch genau nachzeichnet, welche Strömungen innerhalb der KPD existierten und welche innen- und außenpolitischen Entwicklungen die tragische und „irreversible Entwicklung“ der KPD zwischen 1927 und 1929 beeinflussten. Die Innenansicht einer kommunistischen Partei in Deutschland fasziniert und lässt unter anderem auch begreiflich werden, wie Ge-

sellschaftlichen Entwicklungstendenzen abhängt, sondern eben auch von individuellen Menschen mit ihrer subjektiven Weit- und Kurzsichtigkeit. Tatsächlich fiebert (nicht nur) der „zurückblickende Historiker (...) beim Studium der Dokumente noch nach 75 Jahren mit, sieht die realen Chancen für einen alternativen Weg, vollzieht ihr Scheitern nach, begreift nach dem Untergang des Staatssozialismus sowjetischen Typs die Tragik dieses Scheiterns tiefer.“ (7)

Wie tragisch diese historisch fehlerhafte Politik sich ausgewirkt hat, lässt sich vermutlich nur abschätzen, wenn nach dem Ablauf einer historischen Epoche die Eule der Minerva ihren Flug beginnt und deutlich wird, wie politisches Denken aus einem gesellschaftlich-historisch begrenzten Blickwinkel heraus sich entfaltet. So kritisiert z.B. Ossip K. Flechtheim in der Schlussbetrachtung seiner Analyse der Weimarer KPD den Optimismus einer damals offensichtlich verbreiteten Sichtweise, der zufolge die Niederlage des Nationalsozialismus die Wiedergeburt der KPD gemäß der Liebknechtschen Prophezeiung „Wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein!“ zeitigen werde.

Tatsächlich muss es aus der Perspektive der Nachgeborenen unverständlich bleiben, dass unmittelbar nach Kriegsende nicht augenscheinlich gewesen sein soll, was, aus der historischen Distanz betrachtet, so offen auf der Hand liegt: der Grad nämlich, bis zu dem es dem Nationalsozialismus gelang, die ehemals subjektiv verhältnismäßig homogene Arbeiterbewegung (mit kommunistischem und sozialdemokratischem Milieu) in Arbeitsfront und

Totalkrieg so zu absorbieren, dass die Arbeiterbewegung nach dem Ende des fordistischen Klassenkompromisses und einigen Dekaden der kulturindustriellen individuellen Isolierung in identity groups im Postfordismus zwar immer deutlicher als Klasse an sich, aber so gut wie nicht mehr als Klasse für sich in Erscheinung tritt.

So stellen das Buch und die dazugehörige Dokumentensammlung auf CD-Rom des Autorenkollektivs einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung einer historisch richtungweisenden und irreversiblen Politik einer Fraktion der revolutionären Kräfte in Deutschland dar, deren Analyse die „grundfalsche Orientierung“ (149) zwar nicht ungeschehen machen kann, aber nichtsdestotrotz neben ihrem analytischen Wert sogar noch Aufschlüsse über das Verhältnis von revolutionärer Ungeduld und richtiger oder falscher Bündnispolitik in Stellungen- und Bewegungskrieg zu geben vermag.

Ingar Solty

EU-Verfassung: Gelenkte Demokratie

Andreas Wehr, Europa ohne Demokratie? Die Europäische Verfassungsdebatte – Bilanz, Kritik und Alternativen, Verlag Papyrossa, Köln 2004, 154 Seiten, EUR 12,90

Bücher von linken Autoren mit wissenschaftlichem Anspruch zur Politik auf Ebene der Europäischen Union sind selten, Bücher zu den europäischen Verträgen und zum vorliegenden Verfassungsentwurf des Konvents noch seltener - gute Bücher allemal. Andreas Wehr, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion

im europäischen Verfassungskonvent, kann sich glücklich schätzen solch ein Buch verfasst zu haben.¹ Als eingelöst betrachtet werden kann der ambitionierte Anspruch, einen Beitrag geleistet zu haben, damit „die Union von den Benachteiligten als neuer Kampfplatz begriffen wird“ (152). Wehr gelingt es, die Europäische Union nicht als ein Projekt zu betrachten, zu dem man sich entweder bekennt oder das man abstrakt ablehnt. Statt dessen arbeitet er äußerst sorgfältig konkrete Kritikpunkte am Verfassungsprozess der Europäischen Union heraus. In der Tat werden hier „nicht nur Hintergrundinformationen, sondern auch Argumente geliefert..., die eine Auseinandersetzung mit dem Vertragsentwurf ermöglichen“ (10). Ziel der Analyse ist es denn auch nicht, „eine dogmatische rechtliche Analyse des Vertragswerks zu geben, sondern vielmehr die Debatten und Ergebnisse des Konvents in den politischen Kontext der Diskussionen über die europäische Integration zu stellen.“ (11) Im Zentrum des Buches steht „die Frage, ob das allgemein beklagte Demokratiedefizit der Europäischen Union mit der Annahme des Verfassungsentwurfs tatsächlich vermindert oder gar beseitigt wurde“ (10). Dabei konzentriert sich der Autor im Wesentlichen auf drei Punkte: Den Entstehungsprozess des Verfassungsvertrages (12ff.), die in ihm vorgeschlagene neue institutionelle Architektur der EU (39ff.) und die neuen Politikinhalte auf den Feldern der Außen- und

¹ Vorabdruck in Z 55, September 2003, S. 154 ff.: Das Europäische Parlament – nur ein Papiertiger?

Sicherheitspolitik (82ff.), der Innen- und Justizpolitik (100ff.) sowie der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik (116ff.).

Schon die Analyse des Entstehungsprozesses des Verfassungsvertrages lässt keinen anderen Schluss zu, als dass hier von einer gelenkten Demokratie gesprochen werden muss. Zu deutlich tritt eine Organisation von Demokratiedefiziten hervor. An puren Zufall kann da nicht geglaubt werden. Angefangen bei der Zusammensetzung des Konvents: Seine Mitglieder, insgesamt 105 an der Zahl, waren zu 83 Prozent Männer, im 12-köpfigen Präsidium saß nur eine einzige Frau (23). Auch bei den politischen Farben verfügte der Konvent über eine eigentümliche Homogenität: Es „wurden fast nur Mitglieder aus den beiden großen politischen Lagern, den Konservativen und Sozialdemokraten, ausgewählt.“ (23). So kam es, dass anders als in den Nationalstaaten diejenigen im Konvent so gut wie unter sich waren, „die den Weg der europäischen Integration seit Maastricht für alternativlos und daher für nicht revisionsbedürftig halten“ (23).

Bei der Rolle des Präsidiums im Konvent wie mit Blick auf seine Arbeitsweise selbst kann man sich zu dem des Eindrucks der gezielten Lenkungswirkung nicht entziehen. Wehr stellt zurecht fest, dass „das Präsidium... die eigentliche Entscheidungsinstanz des Konvents“ war (25). Die immer wieder beschworene Beteiligung der „Zivilgesellschaft“ gestaltete sich lediglich als „Anhörung von Verbänden und Lobbygruppen“ (27). Und zu guter letzt war auch der so genannte Konvent der Jugend Euro-

pas „fast ausschließlich eine Versammlung von Interessensvertretern“ (25). Aufgrund der präzisen Zeiteinteilung, die vom Vorsitzenden des Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, vorgegeben wurde, standen für Diskussionen am Text nur vier Monate zur Verfügung. Wehr verweist auf die doch überraschende Tatsache, dass „der allein 342 Artikel umfassende dritte Teil des Verfassungsvertrages mit den konkreten Politikgehalten ... – bis auf die Teile zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Innen- und Rechtspolitik – faktisch überhaupt nicht mehr beraten werden“ konnte (29).

Auch in der künftigen institutionellen Architektur der EU entsprechend dem vorliegenden Konventsvorschlag, sieht Wehr die Fortschreibung eines gravierenden Demokratiedefizits. So werden dem Europaparlament auch im Verfassungsentwurf nicht die vollen Rechte eines Parlamentes zugebilligt. In dieses Bild passt ebenfalls die Konstruktion der künftigen Wahl des Kommissionspräsidenten. Dieser soll zwar vom Europaparlament gewählt werden, jedoch nur auf Vorschlag des Europäischen Rates. Lehnt das Europäische Parlament den Kandidaten ab, hat der Europäische Rat die Möglichkeit, innerhalb eines Monats einen neuen Kandidaten vorzuschlagen.

Tiefe Einblicke lässt Wehrs Buch in die Bereiche der im Konvent verhandelten neuen Politikinhalt zu. Hier analysiert er präzise, inwieweit dieser Verfassungsentwurf die Militarisierung der EU vorantreibt, die Grundrechte bei der Neukonzipierung der Innen- und Justizpolitik auf der Strecke bleiben und die neoliberale Verfasstheit der EU fortgeschrieben wird.

Es wird deutlich, dass die subalternen Klassen es künftig mit einem Verfassungsvertrag zu tun bekommen werden, der allein schon vom Begriff eine höhere Legitimität als die bestehenden europäischen Verträge für sich beansprucht. Umso mehr verwundert es, dass, wie der PDS-Europaabgeordnete Hans Modrow in seinem Vorwort schreibt, es die PDS, „und hier namentlich ihre Führung, im Unterschied zu fast allen anderen linken Parteien in Europa an einer grundlegenden kritischen Distanz zum Entwurf fehlen ließ.“ (8) Eine Haltung, die erst nach langem Hin und Her korrigiert werden konnte. Bleibt die Frage, ob Wehrs Hoffnung auf eine Parlamentarisierung der EU als einen Schritt, um den Benachteiligten eine Stimme zu geben, sich nicht als trügerisch erweisen könnte. Und dies gerade vor dem Hintergrund, dass aus den Reihen der Europaabgeordneten bisher noch keine Kampagne gegen diesen Verfassungsvertrag mit angeschoben worden ist.

Paul Göbel

Mexiko – Der Tod des Dinosauriers?

Dieter Boris/Albert Sterr, FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus? Neuer ISP-Verlag, Köln 2002, 270 S., 18 Euro

Mexiko kann in vieler Hinsicht als Trendsetter für verschiedene Entwicklungen angesehen werden, die sich in den 90er Jahren auf dem gesamten lateinamerikanischen Subkontinent äußerten. Nicht nur, dass Mexiko 1994 gemeinsam mit den

ökonomischen und politischen Riesen USA und Kanada in die NAFTA (North American Free Trade Area), einem bis zu diesem Zeitpunkt einmaligen regionalen Freihandelsregime, eingebunden wurde. Nein, auch die durch die neoliberale Politik verursachte Finanz- und Währungs-krise 1994/95 machte in diversen Schwellenländern Schule und wurde so zu einem traurigen Vorbild. Allerdings konnte Mexiko ebenfalls mit einem Akt von rebellischem Aufbegehren aufwarten, der keinesfalls bloß die südamerikanische Linke beeindruckte: Der Aufstand der Zapatisten im Bundesstaat Chiapas am 1. Januar 1994 mutete zu diesem Zeitpunkt zwar wie ein einsamer Schrei in der Wüste an, kann aber heute mit dem sicheren zeitlichen Abstand von einer Dekade als eine wichtige Protestbewegung gewertet werden, die maßgeblich zur derzeitigen Hegemoniekrise des Neoliberalismus in Iberoamerika beigetragen hat.¹

Grund genug, um der neueren Entwicklung des Landes ein Buch zu widmen. Dieter Boris und Albert Sterr haben mit ihrer Publikation „Foxtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?“ einen äußerst lesenswerten Band vorgelegt, der durch eine innovative Schwerpunktsetzung oftmals ungesehene Zusammenhänge der mexikanischen Transformation ans Tageslicht befördert. Die Stärke des Buches besteht somit gerade darin, die anfangs aufgeführten Momente nicht isoliert zu betrachten, sondern in eine Analyse der sozialen, politischen und

¹ Vgl. auch Tjaden-Steinhauer/Tjaden in Z 55, S. 133 ff. und Z 56, S. 149ff

ökonomischen Umwandlung der neunziger Jahre einzubetten. Die Hauptaufmerksamkeit schenken die Autoren dabei der Erosion der Herrschaft der Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional/Partei der Institutionellen Revolution), der politischen Durchsetzung der transnationalen Inwertsetzung des Landes nach dem Scheitern des binnenmarktzentrierten Entwicklungsmodells und der Politik der am 2. Juli 2000 gewählten Regierung Fox.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptteile. Im ersten Teil beschreiben die Autoren den Niedergang des PRI-Systems. Der Zusammenbruch des „inkluisiven Korporatismus“ (25) wird anhand der Übergangsperiode unter Präsident Zedillo beschrieben. Boris und Sterr stellen eine Zunahme mehrerer ökonomischer Strukturverzerrungen dar, in deren Kielwasser die Regierung Zedillo weiterhin das nahezu unerreichbare Ziel, „den Legitimationsverfall des herrschenden Regimes und ihrer tragenden Partei aufzuhalten“ (73), verfolgte. Die sehr genaue Untersuchung verschiedener Politikfelder wie beispielsweise der Sozialpolitik, der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und der Kriminalität wird in den Kontext der Kämpfe der sozialen Bewegungen und der Herausbildung eines Dreiparteiensystems eingebettet. Die ersten beiden Teilabschnitte des Kapitels bieten infolgedessen einen Überblick über die gesamtgesellschaftliche Entwicklung des Schwellenlandes, die das Vordringen neoliberaler und technokratischer Politikkonzepte in die PRI-Politik verdeutlicht und die gekoppelt mit Elementen des traditionell korporatistisch-klien-

telistischen Vorgehens der PRI-„Dinosaurier“ (77) die Vormacht der PRI weiter schwächt. Zum Abschluss des Kapitels analysieren die Autoren den epochalen Wahlsieg von Vincente Fox. Der Kandidat der konservativen PAN (Partido de Acción Nacional/Nationale Aktionspartei) profitierte von dem Wunsch der Bevölkerung nach einem politischen Wechsel und konnte sogar ohne Hilfe der mitte-links-gerichteten PRD (Partido de la Revolución Democrática/Partei der Demokratischen Revolution) mit 42,5 Prozent der Stimmen als Sieger aus dem Urnengang hervorgehen. Der informative Abschnitt über die Wahl zeichnet sich durch eine genaue Analyse der Ergebnisse aus und ist darüber hinaus mit einem übersichtlichen Datenanhang versehen.

Im zweiten Teil ziehen die Autoren eine Bilanz der neuen Administration. Die Kritik der Lateinamerikakenner an der Regierung Fox in dem bezeichnenderweise mit „Wandel ohne Wechsel“ überschriebenen Kapitel ist vernichtend: „Nullwachstum der Wirtschaft, Abbruch der Gespräche mit den Zapatisten, ein von den Betroffenen abgelehntes Indianer-Autonomiegesetz, eine kümmerliche Steuerreform, mehrere hunderttausend verlorene Arbeitsplätze, die Ermordung der Menschenrechtlerin Digna Ochoa, sowie fehlende Maßnahmen, um Korruption und Machtmissbrauch der vergangenen PRI-Administrationen aufzudecken, sind alles andere als Ruhmesblätter für eine Regierung, die sich den Wechsel auf die Fahnen geschrieben hatte.“ (113) Die Autoren zeigen am Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik exemplarisch die Diskrepanz zwischen den

Versprechen und den Ergebnissen der Fox-Regierung auf und unterfüttern damit ihre scharfe Kritik.

Neben der Bewertung der Regierung Fox untersuchen Boris und Sterr überdies einige hochinteressante Aspekte der Transformation wie die zunehmende Migration, die Internationalisierung der mexikanischen Ökonomie und den Aufstand der Zapatisten. Das vielleicht wertvollste Kapitel des Buches ist in der Einordnung des zapatistischen Aufstands zu sehen (vgl. 147-182). Boris und Sterr verfallen hier weder in die innerhalb der Linken übliche euphorische Huldigung der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional/Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) noch begehen sie den Fehler, die Rebellion losgelöst von der mexikanischen Transformation zu betrachten. Die Autoren geben eine sehr differenzierte Analyse der Metamorphosen der EZLN und widmen ihre Aufmerksamkeit darüber hinaus den in Europa nahezu unbekanntem sozialistischen Guerillabewegungen Mexikos, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts entstanden.

Ferner beinhaltet der zweite Teil des Buches eine Interpretation der Veränderung der Landwirtschaft und der daraus resultierenden Wanderungsbewegungen in die urbanen Zentren des Landes und die USA. Abgerundet wird der Teil durch eine mit vielen Daten untermauerte Interpretation der Konsequenzen des NAFTA-Abkommens, deren direkte Folge in einer Entnationalisierung der Ökonomie und der Herausbildung eines Gürtels von arbeitsintensiven Zulieferfirmen (maquiladora-Gürtel) besteht.

Der inspirierende dritte Teil des Buches widmet sich der Fragestellung, inwieweit die Regierung Fox eine tatsächliche Initialzündung für eine Demokratisierung des Parteiensystems oder eine Hinwendung zu populistischen und neopopulistischen Politikstrategien darstellt. Die Autoren schaffen es zum einen, die mexikanische Entwicklung im regionalen lateinamerikanischen Kontext zu verorten und bieten zum anderen mit ihrer Untersuchung des klassischen Populismus und des Neopopulismus der Neunziger einen interessanten theoretischen Interpretationsrahmen, um die mexikanische Entwicklung genauer zu analysieren. Boris und Sterr verorten die Politik der Regierung Fox als eine Art Zwitterwesen zwischen den verschiedenen Strömungen und schlussfolgern, „dass der Dauerkonflikt zwischen konservativem Gesellschaftsentwurf, Neopopulismus und klassischem Populismus anhält, ohne dass eine Fraktion diesen zu ihren Gunsten entscheiden kann“ (240). Nach einigen abschließenden Seiten, in denen die Lateinamerikaexperten vier abschließende Optionen für die Weiterentwicklung Mexikos skizzieren, kommen Sterr und Boris zu einem ernüchternden Schluss: „Wenn sich keine große Oppositionsbewegung aus der Gesellschaft heraus entfaltet, [...] könnte die viel gefeierte ‚alternancia‘ sich als schlichter Austausch von Regierungspersonal und –partei entpuppen.“ (249)

Fazit: Ein äußerst gelungenes Buch, das neue Aspekte in die Forschung zu Mexiko einbringt und auch ohne Probleme als Nachschlagewerk für die Entwicklung des Landes in den Neunzigern empfohlen werden kann.

Als Kritik seien lediglich zwei Kleinigkeiten angeführt. Auch wenn Dieter Boris 1996 bereits ein ganzes Buch zur Transformation des mexikanischen Modells veröffentlicht hat, hätte ein kurzes Kapitel zur Geschichte des PRI-Systems den Lesern ohne größeres Vorwissen die Lektüre des Buches vereinfacht. Der zweite Makel ist jedoch ein zwangsläufiges Nebenprodukt seiner Stärken: Der Band wird zu einem Zeitpunkt publiziert, wo das Interesse an Mexiko spürbar abgenommen hat und viele Freunde des lateinamerikanischen Subkontinents ihre Augen eher auf Venezuela, Argentinien oder Brasilien richten. Als Beitrag zu hitzigen Debatten wäre jedoch eine derart präzise und gelassene Interpretation der Geschehnisse in Mexiko kaum möglich gewesen.

Stefan Schmalz